

## **Weiterentwicklung des Versichertenklassifikationsmodells im Risikostrukturausgleich (RSA)**

**Hier:**

**Anhörung des GKV-Spitzenverbandes zu Anpassungen und Ergänzungen der Festlegungen nach § 31 Absatz 4 Satz 1 RSAV sowie der Verfahrensbestimmungen nach § 41 Absatz 5 Satz 2 RSAV für die Ausgleichsjahre 2013 und 2014 infolge der Änderungen durch das GKV-FQWG**

Die Anmerkungen des BKK-Systems ergeben sich aus der bereits erfolgten Stellungnahme zum Festlegungsentwurf für das Ausgleichsjahr 2015.

### **Zu 2.5.7 Änderungsbekanntgabe 2013 und 2014 sowie S.1 Verfahrensbestimmung 2013 und R.5.d.ii Verfahrensbestimmung 2014**

#### **Risikozuschläge mit Begrenzung der Zuweisungen für Auslandsversicherte**

Das BVA sieht bei einem Überschreiten der Begrenzung der Zuweisungen für Auslandsversicherte folgende Regelung vor: „Die Risikozuschläge für die Risikomerkmale ohne AusAGG nach 2.5.6 werden in diesem Fall proportional so erhöht, dass das Summenprodukt aus den Risikozuschlägen für die Risikomerkmale inkl. AusAGG und den zugeordneten Versichertentagen insgesamt wieder dem Niveau vor der Kürzung der AusAGG-Risikozuschläge entspricht.“

Diese widerspricht nach Auffassung der BKK der Begründung zum GKV-FQWG, wonach eine Kappung ausschließlich im Jahresausgleich erfolgt und mitgliederbezogen auf alle Kassen wettbewerbsneutral zu verteilen ist (vgl. Bt-Drs. 18/1307, S. 74).

### **Zu 2.6.2 Änderungsbekanntgabe 2013 und 2014 sowie S.1 Verfahrensbestimmung 2013 und T.1.b Verfahrensbestimmung 2014**

#### **Zuweisungen für das Krankengeld**

Die BKK kritisieren die mit dem GKV-FQWG geschaffene Übergangsregelung zum Krankengeld als nicht sachgerecht, da sie in Bezug auf die standardisierten Krankengeldausgaben die höhere Belastung der BKK ignoriert, die sich aus der Eigenschaft des Krankengeldes als Lohnersatzleistung ergibt. Wir fordern daher - auch mit Blick auf eine endgültige Regelung – weiterhin dringend die Einführung einer Grundlohnkomponente durch den Gesetzgeber.

Das konkrete Aufteilungsverhältnis von 50:50 zwischen dem Ausgleich standardisierter Krankengeldausgaben und dem IST-Ausgaben-Ausgleich im derzeitigen Modell ist

sachlich nicht begründet. Wir sind der Auffassung, dass auch ein Verhältnis von 70:30 in Verbindung mit einer Grundlohnkomponente im Bereich des Ausgleichs standardisierter Ausgaben noch ausreichend Anreize für ein aktives Krankengeldmanagement enthält. Die tatsächlichen Ausgabenunterschiede würden in einem solchen, von uns bereits in Zusammenhang mit dem FQWG vorgeschlagenen, Hybridmodell jedoch deutlich besser ausgeglichen.

***Für weitere Informationen:***

*Dr. Wolfgang König, BKK Dachverband, Tel. 030 2700 406-701*

*Jens Abrill, BKK Landesverband Mitte, Tel. 0511 3 48 44 - 226*

*Klaus Stein, Deutsche BKK, Tel. 0711 89 13 348*